

Bündnis gegen den Frankenschnellweg
c/o VCD Kreisverband Nürnberg

Hessestr. 4
90443 Nürnberg



Bündnis gegen den Frankenschnellweg
www.stattautobahn.de

Nürnberg, den 17.9.2019

Pressemitteilung

Vergleichsvertrag zwischen Stadt Nürnberg und Bund Naturschutz zum Frankenschnellweg: Keine relevanten Zugeständnisse, Umwelt- und Klimaschutz bleiben auf der Strecke

Der bekannt gewordene Vergleichsentwurf zwischen BN, Prof Wilde und der Stadt Nürnberg bestätigt die schlimmsten Befürchtungen.

Die „Zugeständnisse“ der Stadt an den BN sind entweder Selbstverständlichkeiten, eh schon politisch beschlossen, unverbindliche Prüfaufträge oder rechtlich angreifbar.

Einige Beispiele: Es soll ein Durchfahrtsverbot für Transitverkehr bei LKW über 7.5 t geben. Ziel- und Quellverkehr bleiben aber erlaubt. Dies ist in der Praxis nicht ausreichend kontrollier- und damit umsetzbar. Das versprochene Tempolimit von 60km/h wird, da es nicht aus Gründen der Verkehrssicherheit, sondern aus politischen Gründen angeordnet wird, vor Gericht kaum Bestand haben. Die versprochene Erhöhung des Radverkehretats um 1.5 Mio. €/a bleibt weit hinter den Zusagen aller OB-Kandidaten zurück. Von den 30 zugesagten Mobilitätsstationen sind 29 schon seit einiger Zeit realisiert. Beim Ausbau der Stadt-Umland-Bahn verkauft die Stadt eigentlich Selbstverständliches als Zugeständnis: Sie will sich um eine möglichst hohe Förderquote bemühen. Die Investitionen in den ÖPNV sollen um bescheidene 0.4 %/a in den nächsten 5 Jahren steigen.

Während der BN sich mit Brosamen und leeren Versprechungen zufrieden geben muss, wird er von der Stadt genötigt, alle Rechte als Umweltverband bei diesem Projekt aufzugeben. Die umfangreiche Einwendung im Planfeststellungsverfahren zu Brandschutz, Sicherheitskonzept, Verkehr, Luftschadstoff- und Klimabelastung muss zurückgezogen werden.

Peter Mühlenbrock: „Dieser Vergleich ist kein Vergleich. Er gleicht mehr einer Kapitulation vor einer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik der Stadtratsmehrheit, die trotz der Klimadiskussion immer noch unverdrossen auf den massiven Ausbau des Motorisierten Individualverkehrs setzt“.

In diesem Zusammenhang erinnern wir auch noch mal an den erst vor einigen Wochen gefassten Beschluss des Stadtrates, in dem sich die Stadt einstimmig zum Klimaschutz bekannt hat. Wie das mit dem Ausbau des FSW zu einer Autobahn zusammen passen soll, der unweigerlich eine Erhöhung der CO₂ Emissionen nach sich ziehen wird, bleibt das Geheimnis der Stadt.